

Verlag des
Städtischen Bocholt.
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
Herrn und Herrn
des Reiches Bocholt.
Organ
der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Geschäftsbelle
Bocholt: Reichshof-
straße 14. Herr J.
Gammeter. 3054.
Rheine: J. Heintzsch.
Bocholt: W. Wollfing.
Bocholt: Th. Barmann.
Verlagssort:
Dortmund 1.

Nummer 133

Montag, den 16. Mai

Jahrgang 1927

Agarproblem und sozial- demokratischer Parteitag.

Von
Dr. Emil van den Boon.

Auf der Tagesordnung des am 22. Mai in Kiel beginnenden sozialdemokratischen Parteitages 1927 steht an vorderster Stelle das der Partei neu zu gebende Agrarprogramm. Hauptberichterstattung ist Dr. Baade. Im Januar hatte die von dem sozialdemokratischen Parteivorstand eingesetzte Agrarkommission ihre Vorschläge zum Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Agrarprogramms der Öffentlichkeit unterbreitet. Ob der Entwurf zum offiziellen Programm erhoben wird, wird sich noch zeigen müssen. Liegt doch für den Parteitag bereits ein Antrag vor, den Punkt 3 der Tagesordnung, das Agrarprogramm, von dieser abzulehnen und auf den nächsten Parteitag zu übertragen. Für einen großen Teil der sozialdemokratischen Parteigänger bedeutet der neue Programmentwurf nämlich ein tatsächliches Opfer der Ueberzeugung. Weichen doch die neuen Vorschläge der Agrarkommission so sehr ab von den bisherigen Lehmeinungen der Sozialdemokratie. Sie stehen in manchen Punkten zu ihnen in diametralem Gegensatz.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ (1927, 2) bezweifelt denn auch ein so guter Kenner der sozialdemokratischen Parteileute wie Max Schippel, ob die neue Problemstellung in der Agrarfrage, die auf eine wirtschaftlich-sozialistische Bundesgenossenschaft und „Kollektion“ mit dem Bauerntum hinauslaufe, bei den radikalen Parteianhängern genügend Verständnis und Zustimmung finden würde. Seine Bedenken kleidet er — etwas spöttisch, wie man es bei ihm gewohnt ist — in die Worte:

„Man sieht: Dieses Problem raut hoch über alles hinaus, was bisher über parteipolitische Koalitionen von Fall zu Fall unter rasch veränderlichen, stetig wechselnden Umständen jemals herüber und hinüber gezogen und umstritten wurde. Werden unsere, mit dem Bewusstsein des Abfalls umhüllten Parteipolitiker, denen das Herz schon vor grundtätigen Bedenken anstößig springt, wenn sie sich mit dem Anhänger einer anderen Partei wegen einiger verhältnismäßig belangloser Tagesfragen zeitweilig an den gleichen Materialismus setzen sollen, fähig und willig sein, eine andere Klasse als Ergänzung und Stütze der wirtschaftlichen und politischen Lohnarbeiterbewegung anzuerkennen. „Kollektionspolitik“ in einem ganz anderen und viel tiefer einschneidenden Sinn für eine kaum abzuschätzende Zeitperiode zu treiben? Das beharrliche Schwanken und die mehr als dürftigen Ausführlungen zum Agrarprogramm in unserer Parteipresse sind offenbar nicht ohne Grund.“

In der Tat! Wenn man sich an die gewaltigen Diskussionen erinnert, die vor dem Kriege bei Gelegenheit der Parteitage sich zu besonderen Programmpunkten, z. B. der Kolonialfrage, dem Problem des Generalstreikes, der Budgetbewilligung u. a. geptogen wurden, dann muß man sich sagen, daß das neue Agrarprogramm trotz der unverkennbaren Tragweite eine Disfussion, die auch nur einigermaßen an die früheren heranreichte, kaum ausgelöst hat. Der Entwurf ist ohne Zweifel ein Schritt zu einer gewaltigen Umstellung der Partei. Die bisher überragende Mehrheit der Parteigenossen erwartete auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft einen Konzentrationsprozeß, der zur Auflösung und Aufsaugung der kleinen Betriebe durch die technisch und wirtschaftlich überlegenen Großbetriebe führt. Demgegenüber geht der neue Programmentwurf von der Auffassung des sozialdemokratischen Agrartheoretikers Dr. David aus, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft keineswegs eine Tendenz zur Auflösung, sondern im Gegenteil eine bewundernswürdige Lebenskraft zeigt, daß die technischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Landwirtschaft grundsätzlich andere sind als in der Industrie, und daß daher mit dem Bestehen der bäuerlichen Betriebe für alle absehbare Zukunft und auch in der sozialistischen Gesellschaft mit einer gegebenen Tatsache gerechnet werden muß.

Auf den Boden dieser Auffassung scheint sich auch der oben genannte Hauptreferent Dr. Baade in Kiel stellen zu wollen, der sich in zwei Artikeln in der sozialdemokratischen Parteipresse („Volksrecht“ - Breslau 1927 Nr. 43 und 54) mit dem Entwurf befaßt und die grundsätzliche Bedeutung der künftigen zu betreibenden sozialdemokratischen Agrarpolitik dahin kennzeichnet:

„Diese Agrarpolitik ist eine konsequente Bauernpolitik, eine Politik, die die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauern durch Abrundung ihres Besitzes, selbst unter Aufhebung des Grundbesitzes, zu fördern erstrebt und die Bauern durch umfassende staatliche Förderung der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Produktion, zu einem möglichst nützlichen, produktiv leistungsfähigen und sozial ausgestatteten Mitglied der Gesellschaft, gerade auch der sozialistischen Gesellschaft machen will.“

Eine Bauernpolitik in diesem Sinne ist Produktionspolitik, die die Sozialdemokratie auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft in Zukunft in Volkstaat und Volkswirtschaft in erster Linie wird treiben müssen. Diesen Gedanken der Produktionspolitik als einer Aufgabe im Interesse der nationalen Gesamtwirtschaft stellt auch der vorläufig noch theoretische

Das Zentrum und Brauns Attacke gegen das Reich.

Erzinski Schürer des Konflikts?

Aus dem Reichstag wird uns zu dem Konflikt zwischen Preußen und dem Reich geschrieben:

Verschiedene Vorkommnisse in der letzten Zeit, insbesondere aber die neuerliche Rede des preussischen Ministerpräsidenten Braun, haben bedeutliche Spannungen zwischen Reich und Preußen aufgeweckt. In der letzten Zeit sind nun gar von preussischer Seite der Reichspolitik verschiedentlich ernste Schwierigkeiten bereitet worden. So ist das der Fall gewesen bezüglich des wohnortswegenen Vorschlags der Reichsregierung, für einige wenige Berufszweige, deren Arbeitsmarkt günstig steht, die Arbeitslosen, die ja doch, wie schon ihr Name sagt, keine Dauereinrichtung, sondern nur für die Ueberwindung eines Notzustandes bestimmt ist, einzustellen. Neuerdings sind es die Angriffe des preussischen Ministerpräsidenten auf der öffentlichen Tribüne des Landtages gegen die Reichsregierung und ihre Politik, insbesondere bezüglich der Fürsorge für Arbeitslose, die die Aufmerksamkeit aller politischen Kreise auf sich gelenkt haben. Gerade dieser Angriff mußte besonders peinlich berühren, da er in einem Augenblick erfolgte, in dem die Reichsregierung selber von sich aus ohne Anregung von preussischer Seite her beschloffen hatte, den Fonds zu vergrößern und dafür die Mittel aus anderen Fonds bereitzustellen. Die Darstellung, als ob vorher nichts für Arbeitslose geschehen sei, ist absolut falsch. Die Verteilung des seinerzeit unmittelbar vor der Osterpause der hiesigen Arbeitslosen des Reichstages und der Reichsregierung bewilligten Fonds war überdies noch garnicht abgeschlossen. Schon aus diesen Gründen müssen die Angriffe des preussischen Ministerpräsidenten im Landtag zum mindesten als merkwürdig bezeichnet werden.

Diese Spannung zwischen Reich und Preußen hat nun Formen angenommen, die zu ernstlichen Erwägungen Anlaß geben müssen. Daß es so kommen mußte, liegt daran, daß eben doch das Verhältnis der Länder zum Reich ein wesentlich anderes ist als unter dem früheren staatsrechtlichen System. Bei dieser Lage werden eine ganze Reihe von natürlichen Konflikten geschaffen, die aus der Tatsache entspringen, daß die Willensbildung im Reich und in Preußen früher im alten Reich eine einheitliche war, was sie jetzt nicht mehr ist. Im alten Reich war die Führung der Reichsregierung und die Führung Preußens in derselben Hand des Reichskanzlers, der zugleich Ministerpräsident von Preußen war, während das Reich nur einen Minister befaß und die übrigen Verwaltungsbereichs Staatssekretäre waren. Durch die einheitliche Führung im Reich und Preußen war auch die Politik in beiden einheitlich.

Heute aber läuft die Staatswillensbildung im Reich und in Preußen selbständig nebeneinander

her. Nachdem überdies noch im Reich die Regierung anders zusammengefaßt ist als in Preußen, und die Regierung im Reich naturgemäß stärker wechseln als in Preußen, so ergeben sich daraus Schwierigkeiten und Differenzen. Das liegt in der Natur und der Unvollkommenheit der gegenwärtigen staatlichen Struktur.

Ein solcher Zustand ist auf die Dauer im Interesse der Gesundheit des Reiches einfach eine Unmöglichkeit. Wenn die Dinge aber so liegen, so erscheint es durchaus unangebracht, die Schuld dafür dem Reich oder einzelnen Ministerpersönlichkeiten, die in pflichtgemäßer Verantwortung ihren Amtserfordernissen gerecht werden, zuzuschreiben.

Aus der gegenwärtigen Haltung des preussischen Ministerpräsidenten ergibt sich ganz von selbst, daß die Minister der Zentrumspartei, die sowohl im Reich wie in Preußen eine Hauptlast der Arbeit verantworten auf sich genommen hat und haben und drüben in der Regierung sich befindet, leicht in einen Gegensatz zueinander gebracht werden können, selbst dann, wenn sie im Einzelfall vielleicht persönlich anderer Meinung waren. Diefelbe Gefahr entsteht für die beiden Fraktionen derselben Partei. Das ist für eine Partei, wie die Zentrumspartei, auf die Dauer unhaltbar. Sie darf und muß erwarten, daß auch die Zeitung der preussischen Regierung für die an sich schon zahlreich genug vorhandenen und natürlicherweise auf Grund der oben geschilderten staatsrechtlichen Struktur sich herausbildenden Schwierigkeiten mehr Verständnis entwickelt, als das in der letzten Zeit der Fall zu sein scheint. Wir können die Auffassung nicht unterdrücken, daß der Wechsel im preussischen Innenministerium zum mindesten der Vermeidung der Konflikte nicht förderlich gewesen ist, denn es scheint uns, daß der Amtsvorgänger des jetzigen preussischen Innenministers mehr staatspolitische und staatsmännliche Einsicht in Konfliktfragen aufgebracht hätte, als das jetzt annehmend der Fall ist.

Die Zentrumspartei selber wird das Folgende dazu tun müssen, um ihre Vertreter im Reich und in Preußen in eine mögliche einheitliche Linie zu bringen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß nach der Konstitution der Reichsversammlung der Gewaltigen Aufgaben und Schwierigkeiten der Gegenwart das Gesamtinteresse des ganzen deutschen Volkes und des gesamten Reiches in Zweifelsfällen ausschlaggebend sein muß. Es kann und darf sich kein Minister eines Landes als einzeln und allein seinem Lande gegenüber verantwortlich fühlen, sondern er darf die vorgenannten höchsten Gesichtspunkte nicht aus dem Auge verlieren, ebenso wie umgekehrt der Minister im Reich verpflichtet ist, sich nicht etwa vom unparteilichen Gedanken im Gegensatz zur ganzen Konstitution der Reichsverfassung fassen zu lassen.

So wie hier werden die Massen denken, indes die Theoretiker auf einander zur ihren Gedanken nachgehen. Wird, wo auch heute noch die Sozialdemokratie so sehr auf das rein Agitatortische und Parteimäßige eingeleitet ist, von ihr eine tiefere Einsicht und Erkenntnis der realen Aufgaben und wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Kiel zu erwarten sein? Oder werden diejenigen recht behalten, die die ganze Frage am liebsten auf die lange Bank schieben möchten, wie die obigen Antragsteller, die „Genossen“ von Fiedha?

Reichsregierung und Börsenslurz.

× Berlin, 14. Mai. Bei der Erörterung der gestrigen Börsenlage wird in einem Teil der heutigen Morgenpresse die Auffassung vertreten, daß die die Waise verantwortenden Maßnahmen auf Beschlüsse der Reichsregierung zurückzuführen seien, die außerdem noch ohne Zustimmung mit den sonst zuständigen Stellen zustande gekommen seien. Diese Darstellung ist völlig falsch.

Es wird demgegenüber — übrigens in voller Uebereinstimmung mit den Darlegungen, die seitens der Reichsbank bereits gegeben sind — festgestellt, daß der Herr Reichsbankpräsident Anfang dieses Monats dem Reichskabinett anlässlich der Erörterung einer anderweitigen Angelegenheit auch seine Auffassung über die seit längerer Zeit in der Entwicklung begriffene Börsenbewegung mitgeteilt hat. Beschlüsse seitens des Reichskabinetts wurden in diesem Punkte aber nicht gefaßt, insbesondere auch nicht in der Frage, ob auf eine Verminderung der Reportgetriebe hinzuwirken sei. Das Reichskabinett äußerte dem Herrn Reichsbankpräsidenten gegenüber auch keine Wünsche, in welcher Weise er seine Aufgabe zum Schutze der Währung und in der Führung der deutschen Geldpolitik bei seinen Verhandlungen mit den Kreditbanken erfüllen möchte.

Zu dieser Kabinettsitzung war übrigens, wie richtig, auch der Vertreter der preussischen Staats-

regierung eingeladen, der denn auch an den Verhandlungen bauern teilgenommen hat. Außer dieser einen Kabinettsitzung hat eine weitere Kabinettsberatung unter Beteiligung des Herrn Reichsbankpräsidenten in dieser Angelegenheit nicht stattgefunden.

Die Konservativen gegen die deutschnationale Reichstagsfraktion

Kundgebung des deutschnationalen Parteivorstehenden.

× Berlin, 15. Mai. Der Parteivorstehende der deutschnationalen Partei, Graf Seibitz-Sandreczki, hat eine von der „Kreuzzeitung“ veröffentlichte Kundgebung erlassen, in der erklärt wird, die Regierungsparteien ständen im Begriff, mit dem Gesetz zum Schutze der Republik ein ausdrücklich gegen die Rechte gerichtetes Ausnahmengesetz zu verhängen einschließlich der Bestimmung, die bei deutschen Fürsten die persönliche Freiheit im gegenwärtigen freien Staat beschränkt. Dies zeige, wie notwendig der Zusammenschluß der Konservativen sei.

Die Tagung der Kleinen Entente.

× Jochimsthal, 15. Mai. Ueber die gestrige zweite Sitzung der Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente befaßt das amtliche Kommuniqué: Nach Beendigung des allgemeinen Situationsberichtes gingen die Außenminister nacheinander zu den Spezialfragen, die ihre Staaten interessieren, über. Die Debatte über alle Fragen und alle Probleme erfolgte im Geiste aufrichtiger Freundschaft und fester Anhänglichkeit an die Idee der Politik der drei Staaten der Kleinen Entente, die sie verbindet und bereits sieben Jahre regelmäßig vereinigt, und die in solchem Maße zur Erhaltung des europäischen Friedens beigetragen hat. Alle drei Minister konstatierten mit aller Entschiedenheit: Jeder Gedanke an Unstimmigkeiten ist gegenstandslos. Dieses Bündnis hat eine Reihe von Jahren mit Erfolg und in würdiger Weise eine internationale politische Funktion im Interesse der Erhaltung des allgemeinen Friedens erfüllt. Es hat den Beweis dafür unter den schwierigsten Umständen geliefert. Es ist auf dem gemeinsamen Lebensinteresse der drei Mitglieder der Kleinen Entente gegründet, um die Respektierung der Verträge und der internationalen Verpflichtungen und die Erhaltung des Status quo durchzuführen. Alle drei Staaten der Kleinen Entente erachten es als ihre Pflicht, die Kleine Entente unerschütterlich und beständig zu erhalten, und verfolgen stets als Ziel: internationale Einigung, lokales Zusammenarbeiten mit den Nachbarn und politische Konsolidation im Sinne der Ideen des Völkerbundes.

Die letzte Sitzung der Kleinen Entente fand heute vormittag statt. Sie befaßte sich mit den Spezialfragen, welche die gegenseitigen Beziehungen der drei Staaten der Kleinen Entente untereinander betreffen.

× Jochimsthal, 15. Mai. Auf der Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente wurde hauptsächlich das Verhältnis zu Italien besprochen, eine Frage, in der entgegen dem amtlichen Kommuniqué eine Einheitsfront nicht erzielt wurde. Dasselbe gilt für einige Fragen des Verhältnisses zu Ungarn. Auch das Verhältnis der einzelnen Staaten zu Deutschland wurde erörtert. Sensationelle Ergebnisse sind von der Konferenz nicht zu erwarten.

Das Programm für den Londoner Staatsbesuch Doumergues.

× London, 15. Mai. Das jetzt veröffentlichte Programm der Empfangsfeierlichkeiten und Veranstaltung des Staatsbesuches des französischen Staatspräsidenten berechtigt die allseitig hier herrschende Auffassung, daß dieser Besuch einen gesellschaftlichen und diplomatischen Höhepunkt des Londoner Lebens darstellen wird, wie ihn die englische Hauptstadt seit den Vorkriegsjahren nicht mehr erlebt hat. Doumergue, in dessen Begleitung sich bekanntlich u. a. auch der französische Außenminister Briand befindet, landet in Dover, wo ein besonders beordertes Flottenbetriebsamt sowie die im Hafen liegenden Dampfer und die gesamten Küstenstationen ihn mit einem riesigen Salutchießen begrüßen. Der englische Kronprinz erscheint persönlich in Dover zum Empfang. Feldmarschall Sir Haig, Lord Copehrook, dienftunfähig der Nord im engsten Gefolge des Königs sowie Major Reginald Seymour vom 1. Leib-Ravallerie-Regiment sind zu persönlichen Adjutanten des Staatspräsidenten bestellt und empfangen ihn ebenfalls am Quai von Dover. Der König mit der königlichen Familie wird selbst auf dem Victoria-Bahnhof Doumergue begrüßen, von wo die Fahrt in den Staatskutschen durch die Straßen Londons zum Buckingham-Palace geht. Auf dem ganzen Wege bleiben die Truppen des Leibgarde-Regiments Spallier. Doumergue trifft am Montag ein und beschäftigt bereits am Montag das Grab des unbekannten Soldaten in der Whitehall sowie die Westminster-Abtei. Doumergue nimmt sodann an einem Frühstück im St. James-Palast, dem Wohnort des Prinzen von Wales, teil und wohnt abends einem großen Festbankett des Königs im Buckingham-Palace

bei. Bankett und Dinner geben außerdem die Oxford-Universität, die Doumergue den Ehrenbürger verlieh, ferner die Londoner City in der Guildhall, die französische Gesandtschaft, das französische Institut in London und Chamberlain im Auswärtigen Amt. Die City verlieh Doumergue das Ehrenbürgerrecht.

Italienisch-albanische Erklärung zum Pakt von Tirana.

Rom, 15. Mai. (Agenzia Stefani.) Durch einen Notenwechsel zwischen Mussolini und dem albanischen Gesandten in Rom haben die italienische und die albanische Regierung folgende Erklärung vereinbart: Die italienische und die albanische Regierung erklären, daß für den Fall, wo eine fremde Macht oder mehrere fremde Mächte einzeln oder zusammen Verhandlungen einzuleiten wünschen, die Auslegung oder Anwendung des Tiranapaktes oder die Beteiligung dritter Staaten an diesem Pakt oder schließlich die gesamten gemeinsamen Beziehungen zwischen Italien und Albanien betreffen, weder die italienische noch die albanische Regierung sich auf solche Verhandlungen einlassen wird, ohne daß vorher zwischen Italien und Albanien eine vorbereitende Fühlungnahme stattgefunden hat, um die vollständige Uebereinstimmung und die gemeinsame Teilnahme der beiden Vertragsmächte an solchen Verhandlungen sicherzustellen.

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Freiheit des Handels.

Genf, 14. Mai. Auch heute vormittag gingen die Arbeiten der verschiedenen Redaktionskomitees und einiger Unterausschüsse der Weltwirtschaftskonferenz hinter geschlossenen Türen vor sich. Erst für heute nachmittag ist wieder eine öffentliche Sitzung, und zwar eines landwirtschaftlichen Unterausschusses zur Beratung eines allgemeinen landwirtschaftlichen Problems betreffend Entschleunigungsentwurf angelegt. Das einzige Ergebnis des heutigen Vormittags ist die Annahme eines Entschleunigungsentwurfes über die Freiheit des Handels durch den entsprechenden Unterausschuss, der an dem von seinem Redaktionskomitee vorgelegten und bereits vor zwei Tagen genehmigten Entwurf verschiedene Redaktionen, aber keine grundsätzlichen Änderungen vorgenommen hat. Die heutige Sitzung dieser Entschleunigung stellt im Gegensatz zur Fassung der Aufgaben der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes für die Erleichterung des internationalen Handels im einzelnen auf, nämlich: Untersuchungen zur Vereinfachung der Zollformalitäten, des Wechselrechts, internationale Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit in Handelsfragen und Unterdrückung des unlauteren Wettbewerbs.

Die Zollfragen.

Genf, 14. Mai. Der 2. Unterausschuss des Handelsausschusses, der die Zolltariffragen behandelt, hat heute abend einen Entschleunigungsentwurf über die Vereinfachung der Zollformalitäten, die Vereinfachung der Zolltarife und die Stabilisierung der Zolltarife genehmigt und damit den ersten Teil seiner Arbeiten abgeschlossen. Der zweite, schwierigere Teil der Arbeiten dieses Unterausschusses über das Waren- und die Anwendung der Zolltarife dürfte frühestens im Laufe des nächsten Dienstag dem Unterausschuss von seinem Redaktionskomitee vorgelegt werden können. Die in dem heute abend angenommenen Entschleunigungsentwurf enthaltenen Grundzüge, die zunächst die Schaffung eines generellen Planes für die Zollformalitäten und erst dann die Regelung der Zollformalitäten für die einzelnen Warengruppen vorsehen, entsprechen den Anschauungen, wie sie von Staatssekretär Dr. Zrenn in Bern in seiner, der Weltwirtschaftskonferenz eingereichten Denkschrift über die Zolltariffragen niedergelegt sind. Der sowjetische Delegierte K. B. K. hat heute eine Reihe von Zusatzanträgen eingebracht, die jedoch mit Rücksicht auf deren verpatete Befassung nach dem heute abendigen Beschlusse der Beratung des Entschleunigungsentwurfes im Vorkaufsrecht berücksichtigt werden können.

Zammers ist pessimistisch.

Genf, 15. Mai. Bei der Gründungsversammlung der Weltwirtschaftskonferenz hat der amerikanische Delegierte Zammers heute die deutsche Sachverständigen auf der Weltwirtschaftskonferenz Reichsstatistikdirektor Zammers, der seine Meinung nach die Weltwirtschaftskonferenz kaum wesentliche Ergebnisse zu erwarten sieht, geäußert. Er hat dabei noch viel zu sehr in diplomatischen Formen gehandelt und ist kaum daran denkend, all die Hindernisse zwischen den Völkern nicht einmal auf wirtschaftlichem Gebiete niederzureißen.

Russische Proteste gegen die Londoner Hauskuchungen.

Moskau, 14. Mai. (Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union.) Die Presse bringt starke Enttäuschung über die Vorgänge im Gebäude der Arcos in London zum Ausdruck und betont, der Ueberfall sei eine große Verletzung der geltenden englisch-sowjetischen Abmachung und der elementaren Normen internationaler Beziehungen überhaupt. „Pravda“ führt aus, die Londoner Provokation sei deshalb angeordnet worden, weil die Befürworter der Ueberfall in London die verwerfliche Forderung für den Weltfrieden nach sich ziehen könne. Der Ueberfall enthalte den ungeheuren Unterschied zwischen der russischen und der englischen Politik. Die englische Regierung bereitete dagegen Schritt für Schritt einen Bruch mit der Sowjetunion vor und untergrabe die friedliche Arbeit der Sowjetregierung. Dieser Unterschied der Politik beider Staaten müsse sehr klar erkennen.

Als Protest gegen die Vorgänge im Gebäude der Arcos in London finden überall in der Sowjetunion Versammlungen und Demonstrationen statt. In Moskau wurden nach Arbeitsbeginn in den Betrieben Versammlungen abgehalten, in denen von der Sowjetregierung entschiedene Maßnahmen verlangt wurden. Die Gebäude der englischen Mission werden durch verstärkte Militärbewache bedeckt, die Demonstrationen, die ins Gebäude eindringen suchen, zurückgedrängt.

Die „Sowjetilla“ veröffentlicht eine Reihe von Entschleunigungen, in denen die Sowjetregierung zu entschlossenem Protest gegen den Ueberfall auf die Londoner Handelsvertretung aufgefordert wird. Wenn die englische Regierung nicht innerhalb der nächsten 24 Stunden die Verletzung der russischen Handelsdelegation in andere Länder anordnet, so wird die Verletzung der russischen Handelsdelegation in andere Länder anordnet, so wird die Verletzung der russischen Handelsdelegation in andere Länder anordnet.

Die Unterzeichnung durch ihr Ergebnis völlig gerechtfertigt.

London, 15. Mai. Die Prüfung der im Arcos-Gebäude gefundenen Dokumente wurde gestern den gan-

Unflagen gegen einen Untersuchungsrichter.

Eine Beschwerdebrief.

Dr. Goldmanns.

In einer Beschwerdebrief, die der wegen des Verdachts des Landesverrats zusammen mit Dr. Diez verhaftete Studiendirektor Dr. Goldmann über seine Erfahrungen während der Untersuchungshaft an den preussischen Justizminister gerichtet hat, werden nach der „Vossischen Zeitung“ folgende Mitteilungen gemacht:

Dr. Goldmann wurde am 2. September 1926 in Berlin in der Chausseestraße auf der Straße verhaftet, ins Gerichtsgefängnis eingeliefert und nach Gitterstraßen transportiert, ohne daß man ihm gestattet hätte, von seinen Familienangehörigen Abschied zu nehmen. Bis zum 17. Oktober lag er in Überlebens-Untersuchungshaft, ohne aber Hauptvernommen zu werden. Briefschreiben, Postempfang, das Besuchen von Zeitungen, ja selbst das Rauchen war ihm in diesen 45 Tagen verboten. Dafür ließ ihn der Untersuchungsrichter photographieren. Das Bild und die Fingerabdrücke des unbeeinträchtigten Mannes wurden im Vernehmungsprotokoll eingetragen.

Dr. Goldmann erkrankte später an Venenentzündung und lag vom 20. November bis 30. Dezember hilflos in der Vernehmungsanstalt. Nichts als im Falle Hoffe wurde eine Ueberführung ins Krankenhaus abgelehnt. Auch als im Februar 1927 Gallenblasenentzündung hinzutrat, erklärte der Untersuchungsrichter, daß nur bei unmittelbarer Lebensgefahr eine Ueberführung ins Krankenhaus in Frage komme.

Den Tag fortgesetzt. Mehrere verborgene Fächer sind noch nicht durchsucht. Ihr Inhalt wird besonders untersucht. Nach Blätterentwürfen machten die Detektive auf Grund ihrer Entdeckungen im Arcosgebäude Besuche in verschiedenen Londoner Stadtteilen. Der Minister des Innern äußerte seine Verärgerung darüber, daß die Untersuchung durch ihre Ergebnisse völlig gerechtfertigt sei. In den Sicherheitsbehörden wurde auch ein großer Betrag in Noten der Bank von England gefunden. Sie werden auf ihre Echtheit geprüft. Der Mai des Jahres 1926 und Handelskassenscheine der Sowjetunion befinden sich in einer außerordentlichen Signatur, das Handelskommissariat zu erforschen, die Lizenzen für Verfeinerungen im Werte von Tausenden Millionen Pfund Sterling, die nach England verbracht werden sollten, auf andere Länder zu übertragen.

London, 15. Mai. Die „Sunday Times“ berichtet, es sei bereits reichliches Beweismaterial im Hause der Arcos gefunden, durch das das Vorgehen der Polizei gerechtfertigt erscheine. Der eigentliche Zweck der Untersuchung sei jedoch noch nicht erreicht. Das gefundene Staatsdokument soll ein Dokument des Kriegsamtes gewesen sein, das sich in einem verpackten Briefumschlag befunden habe.

Erneutes Auftreten Wupetfus.

Schanghai, 15. Mai. Marshall Wupetfu, der sich seit seiner Niederlage vor mehr als sechs Monaten ins Versteck zurückgezogen hatte, ist plötzlich wieder auf dem chinesischen Festland erschienen. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat er sich am 5. von Hongkong nach Kanton im südlichen China begeben, um die dort lebenden Truppen zu reorganisieren, deren Zahl sich auf 50.000 belaufen soll. Man nimmt an, daß er verhoffentlich dem geplanten neuen Aufstand gegen Kanton übernehmen wird, wahrscheinlich in Zusammenarbeit mit General Fong, der kürzlich Kanton einnahm und sich, wie unlangst berichtet wurde, auf Kanton zu bewegt.

Neue Offensive Tschangaischels gegen Tschangfolsin.

Kantung, 15. Mai. Der Angriff General Tschangaischels gegen die Nordarmee geht in zwei Fronten vor sich. Eine Gruppe der Armee geht gegen den Eisenbahnknotenpunkt Fudschou auf, die andere soll bei Tschangfolsin die Fänge übernehmen. In Kantung sind die ersten Verbände der Nordarmee eingetroffen, woraus man auf starken Widerstand der Nordarmee schließen kann. Wie dem Vertreter der Telegrafischen Union von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, beschließt General Tschangaischels, vorerst nur die Provinz Kiangsi bis an die Grenze von Schantung zu besetzen und bei der dann geplanten Abrechnung mit der Regierung in Kanton auf diese einen stärkeren Druck ausüben zu können. Im übrigen hat die Kantung-Regierung der Meinung, daß dann in Kanton eine starke Stimmung für ein Zusammengehen mit Kantung vorhanden sein werde.

Verletzung eines amerikanischen Kriegsschiffes vor Nanjing.

Schanghai, 15. Mai. Ein amerikanisches Kriegsschiff ist vor Nanjing von den Chinesen beschossen worden.

Deutsches Reich.

Das Reichsbanner beschwert sich über „mangelhafte Republikanisierung der preussischen Verwaltung“.

© Berlin, 15. Mai. (Sig. Draht.)

Den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien im Preussischen Landtag und sämtlichen Mitgliedern des preussischen Kabinetts ist, wie der „Monat Morgen“ erzählt, im Laufe des Sonntags eine Denkschrift des Bundesvorstands des Reichsbanners Schwarz-rot-gold gegangen, in der eine Reihe von Beschwerden über die noch immer mangelhafte Republikanisierung der preussischen Verwaltung zusammengefaßt sind. Es handelt sich um die gleiche Beschwerdebrief, die der Bundesvorstand des Reichsbanners vor einigen Tagen bei einer Audienz übergeben hat. In den Herren vom Reichsbanner Schwarz-rot-gold steht bekannt, daß Herr Braun die Regierung gegen ihn, er werde für jeden Untergang des Reichsbanners aus dem Reichsbanner entfernt werden, mindestens zwei deutsche Reichsbanner oder deutsche Reichsbanner aus dem Reichsbanner herausdrücken.

Waldeck und Preußen.

Kassel, 14. Mai. In Kassel fand eine gemeinsame Sitzung des Landes- und Verfassungsausschusses statt, in der über das Ergebnis der Sitzung in Berlin hinsichtlich der Verfassungsentwürfe beraten und folgende Beschlüsse gefaßt wurden: Der Landesverfassungsausschuss hat damit einverstanden, daß in dem Entwurf eines neuen Staatsvertrages die vom preussischen Staatsminister verlangte bindende Erklärung über den Anschluß Waldecks unmittelbar nach Abschluß dieses neuen Vertrages aufgenommen wird. Die Regierung wird daher ersucht, dem Landes- und Verfassungsausschuss

Dr. Goldmann versichert in seiner Schrift, daß er Selbstmordgedanken nur schwer überwinden konnte. Er habe gehört, daß in einer Anzahl anderer Fälle Untersuchungsgefangene Selbstmord begangen haben. Die Schuld an diesen Verhältnissen hat nach der Auffassung Dr. Goldmanns allein der Untersuchungsrichter, Landesgerichtsrat Julius von dem Dr. Goldmann behauptet, daß er jenseitig völlig einseitig sei. Julius hat nach der Vernehmung Dr. Goldmanns wiederholt gesagt, Marx und Wirth hätten zehn- bis zwölffach täglich, die Ententevertreter betrogen.

Er soll wie gegen Dr. Diez so auch gegen Dr. Goldmann seinen Zweifel gelassen haben, daß er im Grunde die Bestrebungen des Justizrats Glatz durchaus nicht mißbillige und irgendwelche Beeinträchtigung seiner Ansichten als Verbrechen ansehe. Er sei fortgesetzt bestrebt gewesen, zum Schutze von Glatz die inhaftierten Dr. Diez und Dr. Goldmann um jeden Preis hineinzulegen. Schließlich hat er, wie Dr. Goldmann behauptet, um gut Weiter zu gehen und wiederholt gesagt, ob er nach einer etwaigen Entlassung von Glatz das abgelehnt habe, und der Untersuchungsrichter Julius habe sich darauf mit den Worten geäußert: „Na, was kann mir denn passieren? Als Richter bin ich unabsehbar. Es kann also nur ein kleines Disziplinarvergehen sein.“

Stimmen die Behauptungen Dr. Goldmanns — ob er schuldig oder unschuldig in Untersuchungshaft genommen worden ist, spielt dabei keine Rolle —, so würde man hier einen Fall vor sich haben, der selbst an die schändliche Behandlung des an ihr zu Grunde gegangenen Dr. Hille erinnert. Man darf zu dem Justizminister Dr. Schmidt das Vertrauen haben, daß er den Inhalt der Beschwerdebriefe schnell und gründlich prüfen wird.

ausschuss einen solchen Verträgensentwurf vorzulegen, der vor allen Dingen die späteren Anschlußbedingungen enthalten muß.“

Finanzminister Höpfer-Wischoff über die Steuerentlastung.

© Berlin, 14. Mai.

Auf der Tagesordnung des Landtages steht die zweite Lesung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung. Mit zur Beratung stehen der Antrag der Deutschnationalen über die Senkung der Realsteuer in den Gemeinden und die große Anfrage (H. 10) über die angekündigten Reichsgefälle, die die Realsteuer und die Hauszinssteuer und die Veranschlagung und Zusammenfassung der Steuerentlastung.

Herr Dr. W. Meyer (D. Vp.) berichtet über die Haushaltsentwürfe und hebt u. a. hervor: Der Etat für 1927 ergab in Einnahme und Ausgabe rund 3,4 Milliarden Mark. Der Einnahmeüberschuss war die Ausgabe für die Erwerbslosenunterstützung, die durch das Reich übernommen werden. Für das Jahr 1927 ist wiederum mit Einnahmeüberschuss zu rechnen. Hierbei sei zu beachten, daß der Anleihenmarkt nicht sehr günstig sei.

Das Wort nahm darauf Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff, der zunächst Anfragen über das Schicksal des preussischen Kriegsministeriums dahin beantwortet, daß es endlich an der Zeit sei, daß das Kriegsministerium wieder zur Verfügung gestellt werde. Der preussische Staat denke nicht daran, etwa diese Gebäude zu verkaufen. Der Minister warnte sich dann der Beantwortung der großen Anfrage der Deutschnationalen Wortwahl über

die Senkung der Realsteuern zu. Die Annahme der Fragesteller, daß auf Preußen mehr als 120 Millionen an Mehrerhebungen für das Jahr 1927 entfallen, trifft nicht zu. Dem Grundgedanken des Reichsgefälles zur Ueberwälzung des Realsteuersenkung der Realsteuern unter dem am 31. März 1927 bestehende Maß zu verwenden, stimmt die Staatsregierung zu. Die auch von Preußen anerkannte Notwendigkeit einer Senkung der Realsteuern ist bereits durch angebracht, daß die Grundbesitzer für die Gewerbesteuer und für die Grundvermögenssteuer herabgesetzt worden sind. Die Senkung bedeutet unter der Voraussetzung gleicher kommunaler Zuschläge wie im Jahre 1926 eine

Entlastung der Realsteuern um etwa 60 Millionen bei der Gewerbesteuer, um 12 Millionen bei der Grundvermögenssteuer, zusammen 72 Millionen. Auf dem Gebiete des gemeindlichen Versteuerschulden hat der Staat eine Vergrößerung durch die für die beschlossenen Realsteuern um rund 10 Millionen erhöht. Zur Verringerung der Realsteuern hat der Staat 10,5 Millionen, zur Verringerung der Realsteuern hat der Staat 10,5 Millionen, zur Verringerung der Realsteuern hat der Staat 10,5 Millionen.

Jede Verminderung der Realsteuern Einnahmen mußte zu einem nicht zu bedenkenden Defizit führen. Insbesondere scheint eine weitere Reduktion der Grundbesitzer, der Grundvermögenssteuer über die Höhe der Realsteuern vom 22. April hinaus nicht möglich. Zweitens ist zu sagen, daß wegen der Durchführung der

Senkung der Realsteuern seitens der Gemeinden das Erforderliche veranlaßt ist. Wenn später das Aufschlagsrecht eingeführt werde, so erhalten die Gemeinden eine größere Vermögensfreiheit. Gegen den Grundgedanken, den der Reichsausschuss unbeschadet der Einzelheiten hinsichtlich des materiellen Steuerrechts mit der Neuregelung verfaßt, ist nichts einzuwenden. Bedenken bestehen aber hinsichtlich der Frage, ob man der Gewerbesteuer gegenüber so weit gehen dürfte, wie es das Reich beabsichtigt. Es würden sich daraus zu ungünstigen Auswirkungen für die Gemeinden ergeben. Man müsse den Gemeinden eine größere Freiheit zugestehen, als es in den Plänen der Reichsregierung liege. Die große Anfrage H. 10, über die angekündigten Reichsgefälle, bittet der Minister an den Hauptausschuss zurückzuverweisen und ihm damit Gelegenheit zu geben, sich nach Umständen im Anschluß darüber zu äußern.

Die Gesamtsumme der Anteilen betraue sich auf 72 Millionen. Im Laufe des Jahres 1927 werde es notwendig sein, noch etwa 250 Millionen an Anteilen aufzunehmen. Auf dem inneren Markt sei allerdings eine Antieile nicht möglich, da sich der Markt sehr beengt habe. Wie sich die Verhältnisse innerhalb der nächsten Monate entwickeln, sei schwer zu übersehen. Das gelte auch hinsichtlich der Auslandsanleihe. Bei dem allmählichen Abnehmen unserer Anteile jedoch und bei der Kreditverknappung des preussischen Staates zweifle er nicht daran, daß es möglich sein werde, die erforderliche Antieile unterzubringen.

Was die Verwendung angeht, so sei auf die hohen Beiträge zu verwiesen, die für Bodenverbesserung, Eindeichungsarbeiten, Meliorationsarbeiten usw. aufzubringen sind. Es handele sich in besonderem Sinne um produktive Ausgaben, die der Wirtschaftlichen Nutzen stiften. Man habe, so schließt der Minister, uns bemüht, durch starke öffentliche Arbeiten, die auch im Etat herbeizuführen. Ich bitte darum, daß auch der Landtag bei seiner Antragstellung sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen. (Beifall.)

Herr Kreier von M. (D. Vp.) verlangt eingehende Rücksichtnahme auf die Wirtschaft bei

der Finanzgebarung und Wahrung des Rechts der Steuer gegenüber dem Reich. Um die Lage der deutschen Wirtschaft insgesamt zu erleichtern, müssen unbedingt die Realsteuern im Veranlassungsbereich gemindert werden.

Herr Seidig (Teutich Vp.) erklärt, die Staatslage sei in der Tat gespannt. Statt der Senkung der Gewerbesteuer, wie der Finanzminister versprochen habe, sei in einer Reihe von Städten wieder erhebliche Erhöhungen von Zuschlägen eingetreten. Hier müßte die kommunale Aufsichtsbehörde endlich nach dem Recht sehen.

In der Abstimmung werden die Beschlüsse des Hauptausschusses bestätigt. Dabei findet der Entschleunigungsentwurf Annahme, der das Staatsministerium versucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß hinsichtlich der Hauszinssteuer das gesamte Aufkommen nur für die Beschaffung und Erhaltung von Wohnungen verwendet wird.

Darauf stimmte das Haus ohne Besprechung ein, bloß auch dem Reichsgefälle in zweiter Lesung zu. Das Staatsgefälle steht fest, daß der preussische Haushaltsplan für 1927 in Einnahmen und Ausgaben auf 3.437.438.309 M. sich beläuft.

Nach 1 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Bericht des Untersuchungsausschusses über die Beschwerde gegen die Vernehmung und ihre Organe. Kleinere Vorlagen.

Hundertjahrfeier der Erzbischofskirche Freiburg.

Freiburg, 15. Mai. Zur Hundertjahrfeier der Erzbischofskirche Freiburg, die der preussische Ministerpräsident Frau, dem Amteichen Preussischen Pressedienst zufolge, das folgende Telegramm an den Erzbischof von Freiburg sandte:

„An der Hundertjahrfeier der Erzbischofskirche Freiburg, der seit ihrer Gründung auch Hochschulen angehört und mit der preussischen Diözese Freiburg und Limburg in der Oberbischöflichen Kirchenprovinz verbunden sind, nimmt die Preussische Staatsregierung mit dem Ausdruck ihrer herzlichsten Glückwünsche die feierlichen Anteil.“

Freiburg, 15. Mai. Die Erzbischofskirche Freiburg feiert heute die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Als Vertreter des Papstes trat gestern abend im Flugzeug, von Berlin kommend, Erzbischof von Freiburg, der preussische Ministerpräsident Frau, dem Amteichen Preussischen Pressedienst zufolge, das folgende Telegramm an den Erzbischof von Freiburg sandte:

„An der Hundertjahrfeier der Erzbischofskirche Freiburg, der seit ihrer Gründung auch Hochschulen angehört und mit der preussischen Diözese Freiburg und Limburg in der Oberbischöflichen Kirchenprovinz verbunden sind, nimmt die Preussische Staatsregierung mit dem Ausdruck ihrer herzlichsten Glückwünsche die feierlichen Anteil.“

Freiburg, 15. Mai. Die Erzbischofskirche Freiburg feiert heute die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Als Vertreter des Papstes trat gestern abend im Flugzeug, von Berlin kommend, Erzbischof von Freiburg, der preussische Ministerpräsident Frau, dem Amteichen Preussischen Pressedienst zufolge, das folgende Telegramm an den Erzbischof von Freiburg sandte:

„An der Hundertjahrfeier der Erzbischofskirche Freiburg, der seit ihrer Gründung auch Hochschulen angehört und mit der preussischen Diözese Freiburg und Limburg in der Oberbischöflichen Kirchenprovinz verbunden sind, nimmt die Preussische Staatsregierung mit dem Ausdruck ihrer herzlichsten Glückwünsche die feierlichen Anteil.“

Freiburg, 15. Mai. Die Erzbischofskirche Freiburg feiert heute die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Als Vertreter des Papstes trat gestern abend im Flugzeug, von Berlin kommend, Erzbischof von Freiburg, der preussische Ministerpräsident Frau, dem Amteichen Preussischen Pressedienst zufolge, das folgende Telegramm an den Erzbischof von Freiburg sandte:

„An der Hundertjahrfeier der Erzbischofskirche Freiburg, der seit ihrer Gründung auch Hochschulen angehört und mit der preussischen Diözese Freiburg und Limburg in der Oberbischöflichen Kirchenprovinz verbunden sind, nimmt die Preussische Staatsregierung mit dem Ausdruck ihrer herzlichsten Glückwünsche die feierlichen Anteil.“

Don Rak und Kern.

© Berlin, 14. Mai.

Einbruch in die katholische Invalidenliste in Berlin. In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher in die katholische Invalidenliste im Invalidenhaus in der Schornhorststraße, erbrachen den Tabernakel und öffneten mit roher Gewalt alle Schränke der Sakristei. Die erbeuteten eine 60 cm hohe Silbervergoldete, mit Goldblechen besetzte Monstranz und mehrere Messen, die die Privatigentum des Reichsarbeitsministers Braun sind, im Gesamtwerte von etwa 4000 M.

Schweres Automobilunglück.

Rastau, 15. Mai. In dem benachbarten Dorfe Wohl kam gestern abend das Automobil des Grafen Wolf Metternich aus Neuweib ins Schleudern, überschlug sich und fiel in eine Schär spielender Rinne. Zwei Männer erlitten Schädelschläge und andere Verletzungen. Unter dem vollständig zertrümmerten Wagen wurde der Baron Romberg tot, seine Frau schwer verletzt aufgefunden. Der Chauffeur trug Schnittwunden im Gesicht davon, Graf Metternich, der den Wagen führte, blieb unverletzt.

Rundfunk.

Montag, den 16. Mai.

Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Mittwoch: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Donnerstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Freitag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Samstag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Sonntag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Montag: 1-2,45 Uhr: Adm. (Hr. Dr. M. Dr. To); Dienstag: 1-